



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Schule, Kultur und Sport**

Sitzungsort : **59302 Oelde, Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Montag, 22.10.2012**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **18:20 Uhr**

Vorsitz

Frau Barbara Köß

Teilnehmer

Herr Edmund Dalecki

Herr André Drinkuth

Herr Heinz Fröhleke

Herr Ernst-Rainer Fust

Herr Alfons Grünebaum

Herr Franz-Josef Grünebaum

Herr Mirco Guthoff

Vertreter für Herrn Ringbeck

Herr Daniel Hagemeier

Herr Peter Hellweg

Herr Friedhelm Hoberg

Frau Hildegard Hödl

Herr Michael Hütig

Frau Astrid Jennen-Kleinhaus

Herr Hubert Kobrink

Herr Dr. Thomas Kröger

Herr Holger Meyer

Herr Hubert Meyering

Vertreter für Frau Steuer

Herr Ralf Niebusch

Frau Dr. Claudia Preckel

Herr Wolf-Rüdiger Soldat

Herr Thomas Spliethoff

Verwaltung

Herr Michael Jathe
Herr Bürgermeister Karl-Friedrich Knop
Herr Frank Siemer

Schriftführerin

Frau Michelle Zielke

Gäste

Frau Ulrike Lexis

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Franz-Josef Neyer
Herr Alexander Ringbeck
Herr Rolf Robens
Frau Manuela Steuer
Frau Nicola Tigges

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Einwohnerfragestunde	4
2. Befangenheitserklärungen	4
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2012	4
4. Schulentwicklungsplanung -Antrag der Fraktionen CDU, SPD, FWG, Bündnis90/Die Grünen, FDP auf Errichtung einer integrierten Schulform vom 25.06.2012- Vorlage: B 2012/400/2579	4
5. Anlassbezogener Schulentwicklungsplan Vorlage: B 2012/400/2580	9
6. Antrag der Karl-Wagenfeld-Schule auf Änderung des Schulnamens Vorlage: B 2012/400/2581	9
7. Verschiedenes	10
7.1. Mitteilungen der Verwaltung	10
7.2. Anfragen an die Verwaltung	10

Frau Köß eröffnet die Sitzung und begrüßt neben der Presse, den Verwaltungsmitarbeitern und den erschienenen Einwohnern insbesondere Frau Lexis und die SchülerInnen des Projektes „Beweg was“.

Sie stellt fest, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Anregungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

2. Befangenheitserklärungen

Herr Jathe gibt einleitend einige rechtliche Erläuterungen zum Thema Befangenheit.

Herr Meyering erklärt sich zu TOP 4 für befangen und wird zu diesem Thema nicht an Beratung und Abstimmung teilnehmen.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2012

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport genehmigt einstimmig bei einer Enthaltung die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.06.2012.

4. Schulentwicklungsplanung -Antrag der Fraktionen CDU, SPD, FWG, Bündnis90/Die Grünen, FDP auf Errichtung einer integrierten Schulform vom 25.06.2012- Vorlage: B 2012/400/2579

Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept 2015+

Ja

Maßnahme / Fortschreibung aus SEK 2015+ zu Projekt Nr.: B1-2; B1-5 von Seite 60

Sachverhalt:

Nach intensiven Beratungen und Diskussionen hat der Rat der Stadt Oelde in seiner Sitzung am 25.06.2012 beschlossen, die Theodor-Heuss-Hauptschule und die Realschule der Stadt Oelde zum Schuljahr 2013/14 auslaufend aufzulösen und in eine neu zu gründende integrierte Schulform umzuwandeln.

Zugleich wurde die Verwaltung beauftragt, die dazu erforderlichen Maßnahmen zu erarbeiten und durchzuführen. In der heutigen Sitzung hat der Rat nunmehr festzulegen, welche integrierte Schulform in Oelde eingeführt werden soll. Dabei sind die Ergebnisse der durchgeführten Elternbefragung wie folgt zu berücksichtigen:

Der Gesetzgeber in NRW hat festgelegt, dass für die Gründung einer neuen Schule der Elternwille maßgeblich ist und dass dieser Elternwille durch eine entsprechende Elternbefragung zu ermitteln ist.

Die Stadt Oelde ist nach § 78 Schulgesetz NRW Schulträger der örtlichen weiterführenden Schulen. Sie ist gemäß Abs. 4 dieser Norm verpflichtet, Schulen zu errichten und / oder fortzuführen, wenn in ihrem Gebiet

- ein Bedürfnis dafür besteht und
- die gesetzliche Mindestgröße gewährleistet ist. Diese beträgt gemäß § 82 SchulG NRW derzeit bei Sekundarschulen 3 Züge = 75 Schüler/innen je Jahrgang; bei Gesamtschulen 4 Züge = 100 Schüler/innen je Jahrgang

Die sich nach den Geburtenzahlen ergebende – insgesamt auch für Oelde rückläufige Entwicklung des Schüleraufkommens, das prognostizierte Elternwahlverhalten und der geäußerte Wille der Eltern sind gemäß § 78 Abs. 5 des Schulgesetzes bei der Feststellung des Bedürfnisses zu berücksichtigen.

Die Elternbefragung der Oelder Grundschul Kinder, die derzeit die Jahrgangsstufen 2, 3 und 4 der Grundschulen besuchen, fand in der Zeit vom 10. bis 21. September 2012 statt. Von den ausgegebenen 910 Fragebögen wurden innerhalb des Befragungszeitraumes 763 ausgefüllt zurückgegeben, was einer erfreulichen Rücklaufquote von etwa 84 % entspricht. Die Elternbefragung wurde unter Beachtung der Vorgaben des Runderlasses des Schulministeriums vom 06.05.1997 – BASS 10-02-Nr. 9 anonym durchgeführt.

Das Beratungsbüro Dr. Garbe und Lexis hat die zurückgegebenen Fragebogen ausgewertet und die Rückmeldungen der Eltern nach den im Schulrecht üblichen Verfahrensvorgaben auf eine 100%ige Elternbeteiligung hochgerechnet.

Der für die Gründung einer Gesamtschule erforderliche Elternwille ergibt sich eindeutig aus dieser Elternbefragung. Die erforderliche Mindestgröße von 100 Schüler/innen je Anmeldejahrgang ist mit höchster Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

Eine aufgrund der Elternbefragung festzustellende ausreichende Schülerzahl aus dem eigenen Gemeindegebiet führt nach Ziffer 2.1. Buchstabe d S. 3 des vorgenannten Erlasses dabei zu der Pflicht des Schulträgers, einen entsprechenden Errichtungsbeschluss für dieses Schulform zu fassen und zwar unter dem Vorbehalt, dass im Anmeldeverfahren diese notwendige Mindestschülerzahl auch tatsächlich erreicht wird. Die Kapazitäten umliegender Gesamtschulen reichen nämlich nicht aus, den sich im Elternwillen widerspiegelnden hohen Bedarf aus Oelde an einem örtlichen Gesamtschulangebot zu decken. Ein entsprechendes, ausreichendes Angebot an Gesamtschulen in der zumutbaren Umgebung der Nachbarstädte erscheint nicht gegeben.

Damit liegt aus Sicht der Verwaltung – abgestimmt mit der Bezirksregierung – ein Fall der pflichtigen Gesamtschulneugründung nach Ziffer 2.1 Buchstabe d BASS 10-02.Nr. 9, § 78 Abs. 4 Schulgesetz NRW vor.

Ein abweichender Entscheidungsspielraum des Rates der Stadt Oelde wird wegen des deutlichen Bedarfs nach einer Gesamtschule als integrierte Schulform nicht gesehen.

Die Verwaltung empfiehlt daher die Neugründung einer Gesamtschule zum Schuljahr 2013/14.

Frau Köß als Vorsitzende des Ausschusses macht einleitend deutlich, dass man heute Weichen für die Zukunft stellen wird. Die vielen Diskussionen in den letzten Monaten hätten gezeigt, wie wichtig das Thema sei. Alle Beteiligten seien sich einig, dass man in Oelde allen Kindern ein Angebot machen möchte. Sie sei sich sicher, dass in Oelde langfristig zwei Schulen gut nebeneinander existieren können.

Sie wünsche sich, dass die Entwicklung vor allem von dem Geist getragen wird, der fragt, was das Beste für unsere Kinder ist. Politik müsse dafür für ein optimales Umfeld sorgen.

Abschließend bedankt sie sich bei der Verwaltung, der Stadtschulpflegschaft und den Mitgliedern der Konzeptgruppe.

Frau Lexis vom Büro Dr. Garbe und Lexis stellt dann anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist, wesentliche Ergebnisse zu folgenden Punkten vor:

- Elternbefragung
- Raumanalyse
- Arbeit der pädagogischen Konzeptgruppe

Herr F.-J. Grünebaum erkundigt sich nach dem ausgewiesenen Fehlbedarf an Inklusionsräumen.

Frau Lexis meint, dass dies unkritisch sei, da diese Räume z.B. durch Umwidmung anderer Räume zu gewinnen sein.

Herr Jathe ergänzt, dass diese Frage unabhängig von der Errichtung einer Gesamtschule zu klären sei.

Herr Siemer ergänzt zum festgestellten Fehlbedarf an Räumen für die Naturwissenschaften, dass der Sanierungsbedarf in diesem Bereich auch schon jetzt in den bestehenden Schulen gegeben sei und angegangen werde.

Der zweite Knackpunkt seien die Sportstätten.

Herr Kobrink möchte an den Wortlaut des Antrages, über den heute abgestimmt wird, erinnern: Es sei dort um eine „Integrierte Schule“ gegangen. Herr Jathe habe jedoch in der Vergangenheit geäußert, eine Gesamtschule für Oelde würde nie genehmigt werden.

Herr Jathe distanziert sich von der Behauptung, so etwas geäußert zu haben und verweist insofern auf die entsprechenden Protokolle. Er habe lediglich gesagt, dass es für die Errichtung einer Gesamtschule höhere Hürden gebe. Im Übrigen habe er lediglich die Meinung der Bezirksregierung, die in der schulfachlichen Beratung vertreten wurde, als Information weitergegeben.

Herr Kobrink möchte dann wissen, ob es Kontakt zur Bezirksregierung Münster gegeben habe und ob eine Gesamtschule überhaupt genehmigungsfähig sei.

Herr Jathe und Herr Siemer verweisen auf die anstehende schulfachliche Beratung. Ansonsten sei der zuständige Mitarbeiter der Bezirksregierung über alle Schritte informiert und habe zunächst keine Bedenken.

Herr Hütig gibt zu bedenken, dass nach seiner Information Gesamtschulen nur bis maximal sechs Züge genehmigungsfähig seien.

Herr Siemer erklärt, dass genau diese Fragen in dem anstehenden Gespräch geklärt würden.

Herr Soldat erkundigt sich danach, inwiefern die Antragsunterlagen am 30.11. vollständig sein müssen. Sei es vielleicht möglich, das Grundsätzliche vorab zu klären und dann Unterlagen nachzureichen?

Außerdem stellt er die Frage, in welchem Gebäude die neue Schule starten werde.

Herr Siemer berichtet, dass die Antragsunterlagen am 30.11. vollständig sein müssen. Hinsichtlich der konkreten Raumplanung habe man sich noch nicht festgelegt; beide auslaufenden Schulen hätten jedoch entsprechende Kapazitäten.

Herr Dr. Kröger stellt fest, dass die neue Schule offensichtlich nur Wert auf soziale und methodische Kompetenzen lege und wirft die Frage auf, ob man auf den Erwerb von kognitiven Kompetenzen verzichten wolle?

Frau Lexis verweist auf die Präsentation und erklärt, dass auf der entsprechenden Folie die kognitiven Kompetenzen nicht ohne Grund an erster Stelle stünden.

Nachdem es keine weiteren Fragen gibt, bittet Frau Köß die Fraktionen um ihre Stellungnahmen.

Herr Hagemeyer erklärt für die CDU, dass man den Wunsch der Eltern nach Gründung einer Gesamtschule anerkenne. Diese Gründung sei keine politische Entscheidung, sondern die Fortführung des Elternwillens. Es sei klar, dass die CDU die Sekundarschule in Kooperation mit dem TMG favorisiert; dennoch sei es nicht gelungen, dieses Modell überzeugend zu verkaufen.

Es sei durch die Verwaltung immer mitgeteilt worden, dass die Gründung einer Gesamtschule in Oelde wenig aussichtsreich sei. Auch ein Vertreter der Bezirksregierung habe dies in einer Sitzung im Juni 2012 so geäußert.

Es sei nun aber wichtig, dass die Neuausrichtung nicht nur für den prognostizierten 10-Jahres-Zeitraum Bestand habe, daher müssten sich die zwei Oberstufen eng vernetzen mit dem Ziel, durch ein breites Fächerangebot die Kinder in Oelde zu halten.

Außerdem bittet er darum, die erforderlichen Investitionen auch an den bestehenden Schulen, insbesondere am TMG umzusetzen.

Letztlich habe auch die CDU das Ziel, alle Schulabschlüsse in Oelde zu ermöglichen; daher werde die Fraktion mehrheitlich dem Elternwillen folgen.

Frau Hödl erklärt für die FDP, dass sich alle Beteiligten in Oelde intensiv mit der Schulentwicklungsplanung beschäftigt haben. Die in den Diskussionen geäußerten unterschiedlichen Standpunkte verdienten Respekt. Die Mehrheit der FDP erkenne den geäußerten Elternwillen nach Gründung einer Gesamtschule als bindend an, betrachte dies aber skeptisch. Das Ergebnis der Elternbefragung sei nicht repräsentativ, da nur drei Jahrgänge befragt wurden. Der Rat müsse aber in einer repräsentativen Demokratie alle Bürger vertreten.

Die FDP halte den Erhalt des TMG für unabdingbar, was aber durch die Gesamtschule gefährdet sei. Auch die FDP wolle alle Kinder mitnehmen, lege aber Wert darauf, dass auch die Kinder, die das Gymnasium besuchen, ihre Potentiale entfalten können.

Das Land wolle mit seiner Schulpolitik die Realschulen und Gymnasien austrocknen.

Letztlich hätte man sich mehr Entscheidungsspielraum gewünscht.

Herr Soldat führt für die FWG aus, dass man heute eine wichtige Zukunftsentscheidung treffen werde, auch wenn letztlich bereits die Eltern die Entscheidung getroffen hätten: Für die Gesamtschule. Die FWG sei froh, dass das Votum so eindeutig ausgefallen sei. Eine Schule mit 6-8 Zügen sei ein starkes Fundament.

Die FWG stimme dem Verwaltungsvorschlag in allen Punkten zu. Ein passendes Angebot für alle Kinder sei der FWG immer wichtig gewesen und so wünsche man der neuen Gesamtschule alles Gute. Damit verbunden sei aber die Bitte, die auslaufenden Schulen nicht zu vernachlässigen.

Herr Fust äußert sich für die SPD: Er sei seit nunmehr vierzig Jahren sowohl Lehrer als auch Politiker; nunmehr stehe am Ende dieser Zeit die Gesamtschule für Oelde. Er gibt einen geschichtlichen Überblick

über die Forderungen nach „einer Schule für alle“.

Er verweist auch auf die jüngere Vorgeschichte in Oelde, wo die SPD mit ihrem Antrag aus November 2011 Wellen geschlagen habe.

Die SPD begrüße im Ergebnis die Gesamtschule ohne Wenn und Aber. Das Bohren dicker Bretter sei am Ende erfolgreich gewesen.

Dann fasst der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Oelde stellt fest, dass nach dem noch zu beschließenden Schulentwicklungsplan der Stadt Oelde unter Berücksichtigung der demographischen Effekte zu prognostizierenden künftigen Schüleraufkommen in der Stadt und unter Berücksichtigung des sich in der durchgeführten Elternbefragung widerspiegelnden Elternwillens in Oelde derzeit kein ausreichendes Bedürfnis für die Bildung einer Sekundarschule besteht.

2. Die Eltern der hiesigen Grundschul Kinder haben sich mit deutlicher Mehrheit für die Einführung einer Gesamtschule in Oelde als integrierte neue Schulform ausgesprochen. Der Rat der Stadt Oelde stellt fest, dass ausweislich der durchgeführten Elternbefragung in Oelde ab dem Schuljahr 2013/14 ein Bedürfnis für die Bildung einer Gesamtschule besteht und die nach § 82 Schulgesetz erforderliche Mindestgröße (4-Zügigkeit, 100 Kinder je Jahrgang) gewährleistet werden kann. Diese soll neben dem Thomas-Morus-Gymnasium geführt werden.

Ebenso spiegelt sich in der durchgeführten Elternbefragung wider, dass gleichzeitig kein örtliches Bedürfnis an der Fortführung der Realschule Oelde und der Theodor-Heuss-Schule besteht und diese Schulen daher im Falle der Neugründung einer Gesamtschule auslaufend aufgelöst werden sollen.

Der Rat der Stadt Oelde legt sich damit darauf fest, dass für Oelde nunmehr ausschließlich die Errichtung einer Gesamtschule weiterverfolgt werden soll.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.11.2012 bei der BezReg. Münster zum Schuljahr 2013/14 die Genehmigung der Neugründung einer Gesamtschule zu beantragen und gleichzeitig die auslaufende Auflösung der örtlichen Realschule und Hauptschule zur Genehmigung nach § 81 Abs. 3 Schulgesetz NRW vorzulegen.

Dazu wird die Verwaltung beauftragt, nunmehr unverzüglich die noch fehlenden weiteren Antragsschritte zur Gründung einer Gesamtschule durchzuführen, insbesondere

- die Stellungnahmen der Schulkonferenzen der betroffenen Schulen zu den beabsichtigten schulorganisatorischen Maßnahmen einzuholen,
- den interkommunalen Konsens mit den betroffenen Nachbarkommunen hinsichtlich der Neugründung einer örtlichen Gesamtschule einzuholen,
- den Schulentwicklungsplan fortzuschreiben, eine Raum- und Finanzplanung sowie ein pädagogisches Konzept für die Neugründung einer Gesamtschule vorzulegen.

4. Da nach den gesetzlichen Vorschriften der erforderliche Errichtungsbeschluss für die neue Gesamtschule erst nach Vorliegen aller unter 3 genannten Verfahrensschritte abschließend getroffen werden kann, wird der Rat der Stadt Oelde gemäß § 81 Abs. 2 SchulG NRW in einer Sondersitzung am 26.11.2012 rechtzeitig vor Ablauf der Antragsfrist den erforderlichen Errichtungsbeschluss für die Neugründung einer Oelder Gesamtschule treffen und zugleich die auslaufende Auflösung der Realschule Oelde und der Theodor-Heuss-Hauptschule Oelde zum Schuljahresbeginn 2013/14 beschließen.

5. Derzeit wird erwartet, dass die neue Gesamtschule im Gründungsjahr 6 bis 7-zügig geführt werden wird.

5. Anlassbezogener Schulentwicklungsplan
Vorlage: B 2012/400/2580

Sachverhalt:

Die Stadt Oelde beabsichtigt zum Schuljahr 2013/2014 die Theodor-Heuss-Schule und die Städtische Realschule aufzulösen und eine Gesamtschule zu gründen.

Gemäß § 80 Abs. 6 SchulG ist im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens zur Errichtung einer Schule gemäß § 81 Abs. 3 die Schulentwicklung anlassbezogen darzulegen.

Herr Siemer erläutert kurz die Eckdaten des vorgelegten anlassbezogenen Schulentwicklungsplans und erklärt, dass die Bezirksregierung Münster diesen vorab bereits zur Kenntnis genommen hat.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt bei 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen:

1. Dem Entwurf des anlassbezogenen Schulentwicklungsplanes zur Errichtung einer Gesamtschule wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den anlassbezogenen Schulentwicklungsplan mit den benachbarten Schulträgern abzustimmen.
3. Der Plan wird in der Sitzung des Rates der Stadt Oelde am 26.11.2012 verabschiedet.

6. Antrag der Karl-Wagenfeld-Schule auf Änderung des Schulnamens
Vorlage: B 2012/400/2581

Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept 2015+

Nein

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 05.10.2012 beantragt die Schulleitung der Karl-Wagenfeld-Schule ein Verfahren zur Änderung des Schulnamens einzuleiten.

Herr F.-J. Grünebaum als Schulleiter begründet den Antrag damit, dass der bisherige Name durch die NS-Vergangenheit Karl-Wagenfelds belastet ist. Weiterhin soll ein neuer gemeinsam gefundener Name die neue Einheit der Schule nach der Zusammenführung mit der Sünninghauser Vitusschule symbolisieren.

Die Namensänderung soll bis zum Jahresende umgesetzt werden, damit die Halbjahreszeugnisse schon mit dem neuen Schulnamen ausgegeben werden können.

Die Namensänderung soll in den Sitzungen des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport und des Rates am 26.11.2012 beraten und beschlossen werden.

Ein Verfahrensvorschlag zur Namensfindung wurde den Mitgliedern des Ausschusses mit der Einladung übersandt.

Herr Hütig erklärt, dass die SPD die Initiative begrüße und insbesondere auch die Beteiligung der Eltern.

Aber zuständig sei eigentlich der Schulträger, also der Rat der Stadt Oelde. Die nun vorgeschlagene Jury sei kein Organ der Gemeindeordnung, daher vertrete er die Auffassung, dass nicht eine Jury, sondern der Schulausschuss die Vorauswahl treffen solle.

Herr F.-J. Grünebaum erläutert, dass die Jury lediglich aussortiere und danach die Eltern abstimmen. Er begründet den engen Zeitplan mit dem Wunsch, dass der neue Name auf den Halbjahreszeugnissen steht.

Frau Köß regt an, dass die politischen Gremien ja möglicherweise zwischen zwei Namen entscheiden können.

Herr F.-J. Grünebaum ergänzt, dass sich aus der Wahl der Eltern ja ein Ranking ergebe, dass man dem Ausschuss zur Verfügung stellen werde.

Herr Hütig führt aus, dass man damit leben könne; dennoch gehe die Vorauswahl am Schulausschuss vorbei. Die SPD halte es für eine bedenkliche Entwicklung, dass Entscheidungen zunehmend ausgelagert würden.

Herr Hagemeier entgegnet, dass er sich durch Frau Köß und Herrn Jathe ausreichend vertreten fühle und daher der Verwaltungsvorschlag in Ordnung sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beschließt einstimmig bei einer Enthaltung:

1. Dem Antrag der Karl-Wagenfeld-Schule auf Änderung des Schulnamens und dem vorgeschlagenen Verfahren zur Namensfindung wird zugestimmt mit der Maßgabe, dass den politischen Gremien das Ranking der schriftlichen Abstimmung der Elternschaft zur Verfügung gestellt wird.
2. Als Mitglied der Jury wird Frau Barbara Köß als Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport benannt.
3. Für den Schulträger wird der Erste Beigeordnete Michael Jathe als Mitglied der Jury benannt.

7. Verschiedenes

7.1. Mitteilungen der Verwaltung

Es erfolgen keine Mitteilungen der Verwaltung.

7.2. Anfragen an die Verwaltung

Es erfolgen keine Anfragen an die Verwaltung.

Barbara Köß
Vorsitzende

Michelle Zielke
Schriftführerin